

Justicia y Verdad



Wahrheit und Gerechtigkeit

Nr. 9 / August 2002

Rundbrief der Koalition gegen Straflosigkeit

Wahrheit und Gerechtigkeit
für die deutschen Verschwundenen in Argentinien

Die Ziele der Koalition sind:

- Die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit in den Fällen, in denen deutsche Staatsbürger und Argentinier deutscher Abstammung zwischen 1976 und 1983 in Argentinien verschwanden.
- Das Ende der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen in Argentinien.
- Die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen gemäß den nationalen und internationalen Normen.

Mitgliedsorganisationen:

- Aktionszentrum Arme Welt e.V. Tübingen
- Amnesty International
Argentinien – Koordinationsgruppe Stuttgart
- Argentiniergruppe, Stuttgart
- Argentiniergruppe, Heidelberg
- Diakonisches Werk der EKD,
Menschenrechtsreferat, Stuttgart
- Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika, Berlin
- Koordination der Argentiniergruppen
in Deutschland
- Kirchlicher Entwicklungsdienst Bayern, Nürnberg
- Nürnberger Menschenrechtszentrum
- Kommission für Menschenrechte des Vereins der
Richter und Staatsanwälte und des Anwaltsvereins,
Freiburg
- Misereor, Aachen
- Missionszentrale der Franziskaner, Bonn
- Pax Christi L.A. Solidarität, Düsseldorf
- Republikanischer Anwältinnen- und
Anwälteverein, Hannover
- World University Service, Wiesbaden

Bundeskanzler Schröder trifft Familienangehörige in Buenos Aires



Nur durch Druck der Bundesregierung wird Argentinien mit der deutschen Justiz kooperieren.

In den vergangenen Jahren hat es bereits mehrere Treffen zwischen ranghohen Vertretern der Bundesregierung und den Familienangehörigen der Verschwundenen gegeben.

Im Rahmen seiner Lateinamerika-Reise im Februar des Jahres empfing nun auch Bundeskanzler Schröder die Familienangehörigen in Buenos Aires.

Während der von der deutschen Botschaft organisierten Begegnung überreichten die Familienangehörigen Bundeskanzler Schröder einen Brief, in dem dieser aufgefordert wird, sich weiter für die Aufarbeitung von Verschwinden lassen und Mord während der Militärdiktatur in Argentinien einzusetzen.

Die 87-jährige Ellen Marx verglich in ihrer Rede die Nachkriegszeit nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland mit der gegenwärtigen Situation Argentinien, um auf die kritische Lage Argentinien aufmerksam zu machen.

Der Kanzler, der dem Besuch deutlich mehr Zeit einräumte als ursprünglich geplant, zeigte sich sichtlich beeindruckt von der Begegnung mit den 23 Angehörigen (darunter Mütter, Geschwister und Kinder) von Opfern der argentinischen Militärdiktatur.

Er bekräftigte, dass die Bundesregierung weiterhin auf einer juristischen Verfolgung der Verbrechen bestehe. Die fehlende Zusammenarbeit der argentinischen Regierung mit den deutschen Rechtshilfersuchen und Auslieferungsbegehren sei nicht hinnehmbar.

Diese Haltung vertrat der Kanzler auch mit Nachdruck gegenüber seinem Amtskollegen, Präsident Duhalde.

Kritisch von den Familienangehörigen angesprochen wurde die Tatsache, dass ein Vertreter des Konzerns Daimler-Chrysler an der Argentinienreise des Kanzlers teilgenommen hatte.

Der Zweigstelle dieses Konzerns in Argentinien wird Beihilfe zum Verschwinden lassen von Vertretern des Betriebsrates zur Last gelegt. Insgesamt hat der Kanzler durch seine ermutigenden Worte und Gesten für die Familienangehörigen jedoch verlorenes Vertrauen zurückgewonnen.

Die Angehörigen hoffen nun, dass sich Kanzler und Bundesregierung verstärkt für das Ende der Straflosigkeit und für eine demokratische Zukunft Argentinien einsetzen werden.

Mercedes Benz auf der Anklagebank

Die Koalition gegen Straflosigkeit fordert die Aufklärung des Schicksals von 14 Mitgliedern des Betriebsrates der Mercedes-Benz-Niederlassung von González Catán in Argentinien, die im Zeitraum von Dezember 1976 bis August 1977 spurlos „verschwanden“, sowie die Untersuchung der Mitverantwortung des Konzerns.

Einer der drei überlebenden Gewerkschafter, Héctor Ratto, beschuldigt den damaligen Produktionsleiter Juan Tasselkraut, in seiner Anwesenheit die Adresse eines Betriebsratskollegen an ein Häscherkommando weitergegeben zu haben. Der Kollege wurde in derselben Nacht entführt und ist bis heute verschwunden.

Héctor Ratto selber wurde mit Wissen Tasselkrauts auf dem Firmengelände von Militärpolizei verschleppt. Auch andere Indizien deuten darauf hin, dass der Konzern von den Menschenrechtsverletzungen an seinen Betriebsräten zumindest wusste.



Die Bundesrepublik Deutschland fordert die Auslieferung von Sasiaiñ und Duran Saenz



Pedro Duran Saenz,
Verantwortlich für das Folterlager „Vesubio“

In der letzten Juni-Woche 2002 erhielt die „Koalition gegen Straflosigkeit in Argentinien“ eine Mitteilung des argentinischen Rechtsanwalts Alberto Zuppi.

Rechtsanwalt Zuppi vertritt die Interessen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor der argentinischen Justiz und in dieser Eigenschaft hatte er einen Antrag auf Auslieferung ehemaliger argentinischer Offiziere bei der argentinischen Justiz eingereicht.

Gefordert wird die Auslieferung der ehemaligen Offiziere der argentinischen Armee Juan Bautista Sasiaiñ und Pedro Alberto Duran Saenz. Am 21.12.2001 hatte das Amtsgericht Nürnberg einen Haftbefehl gegen die o.g. Offiziere erlassen.

Bei beiden Beschuldigten besteht der dringende Verdacht, an der Ermordung der deutschen Staatsbürgerin Elisabeth Käsemann beteiligt gewesen zu sein.

Juan Bautista Sasiaiñ war zum Zeitpunkt ihrer Ermordung Kommandeur der Subzone 11, wo die Leiche von Elisabeth Käsemann gefunden wurde, und Pedro Alberto Duran Saenz war der Leiter des Folterzentrums „El Vesubio“, wo sie zuletzt lebend gesehen worden ist.

Beide unterstanden dem Oberbefehlshaber des I. Armeekorps Carlos Guillermo Suarez Mason, gegen den in diesem Fall auch schon ein Haftbefehl ausgestellt worden ist (11.07.2001).

Die Bundesrepublik Deutschland beantragte bereits die Auslieferung von Suarez Mason von der argentinischen Justiz. Da das argentinische Außenministerium sich weigert, solche Gesuche an die argentinische Justiz weiterzuleiten, beantragte Rechtsanwalt Zuppi parallel zum offiziellen Weg direkt beim argentinischen Bundesrichter Rodolfo Canicoba Corral „die Festnahme der Beschuldigten zum Zwecke der Auslieferung“. Laut Dr. Zuppi zeigt die Bundesrepublik Deutschland bei der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit für die deutschen und deutschstämmigen Verschwundenen in Argentinien deutlich mehr Engagement als andere europäische Staaten.

Vor 25 Jahren wurde Elisabeth Käsemann ermordet

Am 25.05.2002 jährt sich zum 25. Mal der Todestag von Elisabeth Käsemann. Die Tübingerin hatte in den Jahren der Studentenbewegung in Berlin Soziologie studiert, war mit Rudi Dutschke befreundet und trug in sich das brennende Bedürfnis, sich auf die Seite der Armen und Unterdrückten zu stellen in ihrem Kampf für Gerechtigkeit.

Hier schlug sie wahrscheinlich ihrem Vater nach, dem prominenten Tübinger Theologen, der im Dritten Reich konsequent gegen die „Deutschen Christen“ vorgegangen war und sich auch nach der Nazizeit niemals den Mund verbieten ließ, wenn es darum ging, Unrecht anzuprangern.

1968 ging Elisabeth für ein Praktikum nach Bolivien. Was sie dort erlebte an Armut und Ausbeutung brachte sie zu dem Entschluss, in Lateinamerika zu bleiben. „Diese Entscheidung fällt ich nicht aus politischen Gründen, sondern aus ideellen, sie entspringt meiner Verantwortung als Mensch“. Eine Reise führt sie nach Buenos Aires und hier bleibt sie. Sie verdient ihr Geld als Übersetzerin, studiert wieder, diesmal Theologie, und engagiert sich – wie viele junge ArgentinierInnen ihrer Generation – in den Armenvierteln.

Es war eine Zeit der Aufbruchstimmung in Argentinien linker Szene. Elisabeth befreundete sich eng mit Diana Austin, einer englischen Theologiestudentin, die im selben Stadtteil-Projekt wie sie arbeitete. Sie versöhnte sich mit ihren Eltern, die über ihren Entschluss, in Lateinamerika zu bleiben, nicht glücklich gewesen waren.

Der Putsch der Generäle 1976 überraschte die politisch engagierten jungen Frauen nicht, man hatte ihn erwartet. Überraschend war jedoch die Brutalität der Militärs. Zunehmend verschwanden Bekannte aus dem Umfeld von Elisabeth und Diana, einige davon wurden später tot aufgefunden. Elisabeth und Diana, die damals bei einer kirchlichen Einrichtung arbeiteten schlossen sich einer Widerstandsgruppe an. Ihre Aufgabe war es, Pässe zu fälschen, mit deren Hilfe bedrohte ArgentinierInnen das Land verlassen konnten.

Ob Elisabeth an ihre Eltern dachte, die während der Nazizeit zeitweise untertauchen und aus Sicherheitsgründen jede Nacht bei einem anderen Gemeindemitglied übernachten mussten?

Elisabeths Freund flüchtete mit einem von Elisabeths gefälschten Pässen nach Mexiko, doch sie weigerte sich, das Land zu verlassen, obwohl sie es gekonnt hätte.

In der Nacht vom 08. auf den 09.03.1977 wurde Elisabeth verschleppt. Sie hatte sich zum Frühstück bei Diana Austin angekündigt, und als sie nicht erschien, war für Diana klar, dass etwas passiert war. Pünktlichkeit war oberstes Gebot bei den politisch Aktiven jener Zeit. „Zwei Tage musst du unter der Folter schweigen, damit die Genossen Zeit haben zu fliehen,“ hieß eine Regel. „Danach kannst du die Namen geben.“ Diana floh nicht, vielleicht befürchtete sie auch Repressalien gegen ihre argentinischen Verwandten.

Zwei Tage später brach ein Häscherkommando in ihre Wohnung ein, schlug alles kurz und klein, zog ihr eine Kapuze über den Kopf und nahm sie mit.

Zum Glück fanden sie nicht die Werkzeuge zur Passfälschung im Schrank, sonst hätte Diana nicht überlebt. Die Nachbarn, die die Entführung entsetzt beobachteten, wurden bedroht: „Ihr habt nichts gesehen! Diese Frau hat niemals hier gewohnt.“ Diana wurde mit verbundenen Augen in eine Militäreinrichtung gebracht, es wurden ihr Fußketten angelegt und sie wurde in einen Keller gebracht.

„Und hinter der Tür traf einen die Geruchswolke aus verbranntem Fleisch, Schweiß und Angst. Menschen schrien. Und dann dieses konstante Schlurfen von angeketteten Füßen, Menschen, die man irgendwohin schleppte.“ Diana hörte, während sie selber gefoltert wurde, Elisabeths Stimme im Nebenraum: „Das ist die Wahrheit, das ist die Wahrheit“.

Auch wurde Diana zu Dingen befragt, die nur Elisabeth wissen konnte und ihr schien, dass ihre und Elisabeths Antworten mit einander verglichen wurden. Diana Austin wurde durch Intervention der britischen Regierung und des Weltkirchenrats, ihres Arbeitgebers, freigelassen.

Mit der Auflage, niemandem von dem Erlebten zu erzählen und das Land zu verlassen.

Trotz der Überwachung und Bedrohung rief sie sofort Elisabeths Eltern an und informierte sie verschlüsselt.

Militärs brachten sie zum Flughafen. Sie fragte sie nach Elisabeth. Sie sei unschuldig, antwortet ihr der Offizier. „Warum lasst Ihr sie dann nicht frei?“ Er zuckte nur mit den Schultern, so erinnert sich Diana heute bitter. Nach ihrer Abschiebung nach New York sagte sie vor Amnesty International aus.

Prof. Käsemann klopfte an alle Türen, um die Bundesregierung dazu zu bewegen, das Leben seiner Tochter zu retten. Doch weder die Botschaft in Buenos Aires noch das Auswärtige Amt noch Bundeskanzler Helmut Schmidt zeigten irgendein Engagement, das über das Erledigen von Dienstwegen hinausginge. Der Vorgang blieb in Schreibtischschubladen liegen.

Falls die immer wieder zitierte „Stille Diplomatie“ der Bundesregierung gegenüber Argentinien in diesem Fall überhaupt zum Einsatz kam, hatte sie jedenfalls keinen Effekt. Eher entsteht jedoch der Eindruck, dass die Bürokratie den Fall verschleppte: z.B. dadurch, dass Herr Käsemann aus der Botschaft in Buenos Aires die Nachricht erhielt, „eine Dame dieses Namens ist hier nicht bekannt“, während tatsächlich Elisabeth erst wenige Wochen vor ihrem Verschwinden ihren Pass dort hatte verlängern lassen.

Aus dem Auswärtigen Amt wurde ihm bedeutet, so berichten Freunde der Familie, dass man nur helfen könne, wenn er



Elisabeth Käsemann

Namen von Elisabeths Freunden nennen könnte. Prof. Käsemann hatte das Dritte Reich erlebt, er nannte keine Namen. Währenddessen treffen bei Amnesty International Nachrichten von exilierten Argentinern ein, dass Elisabeth noch am Leben und in einem geheimen Haftlager sei, in der als Folterzentrum berüchtigten Kaserne des ersten Heereskommandos in Palermo.

Von dort kommt sie am 16. 05.1977 ins geheime Haftlager „El Vesubio“, 100 Meter von der Autobahn zum Flughafen Ezeiza gelegen. In Vesubio trifft sie einen früheren Genossen, Luis Fabbri Favre, Zeitungsherausgeber, und seine Lebensgefährtin Elena Alfaro, die sie vom Hörensagen kennt. „Sie war in einem schrecklichen Zustand, als sie ins Lager kam“, berichtet Elena Alfaro, „ganz abgemagert“. Sie erzählte, in dem Lager wo sie gewesen war, hätten die Gefangenen fast nichts zu essen bekommen. In dem Raum wo die Frauen lagen, gab es fast keine Luft, und sie wechselten sich ab, um am Türschlitz liegen und atmen zu können. Von den Haftbedingungen in Vesubio berichtet Elena: „Wir lagen angekettet am Boden, untergebracht in Verschlagen, die an Hundehütten erinnerten und wir waren die Hunde“.

Elena lag im Verschlag neben Elisabeth und obwohl es verboten war, konnten sie leise miteinander sprechen. „Elisabeth war immer fröhlich und stark. Sie versuchte uns andere aufzurichten.“ In der Nacht vom 23.05. auf den 24.05. wurden die 17 Gefangenen, die zur Gruppe um Elisabeth und Luis Fabbri gehörten, zu einer „Verlegung“ zusammengerufen. „Verlegung“ bedeutete Tod.

Dann wurde Elena zurückgerufen: „Du nicht, du bleibst hier.“ Elena weinte, sie verabschiedete sich von ihrem Mann, und Elisabeth tröstete sie. Die Todeskandidaten erhielten normale Kleidung, dann wurden sie in den Vorort Monte Grande gebracht und dort erschossen.

Im Gegensatz zu anderen Mordfällen, wo man die Leichen zu verstecken versuchte, wurden hier die 16 Leichen der Presse präsentiert. Die offizielle Geschichte lautete, die Polizei habe Vertreter verschiedener Guerillagruppen bei einem Treffen überrascht, und im Feuergefecht seien alle 16 getötet worden. Darunter auch eine „Isabella Kasermann“ als Vertreterin der trotzkistischen Internationalen.

Sofort nach Durchsickern der Todesnachricht protestieren die Botschaften der USA, Frankreichs, Schwedens, Australiens und des Vatikans. Nicht so die deutsche Botschaft: Sie äußert ihre „Unruhe über den Mangel an Kooperation der argentinischen Behörden mit der deutschen Botschaft“, d.h. sie beklagt, dass sie so spät informiert wurde. Erhard Eppler, der sich für die Freilassung Elisabeths eingesetzt hatte, warf der deutschen Botschaft in Buenos Aires verbittert vor, nur deshalb so untätig geblieben zu sein, weil Elisabeth „links“ war.

Prof. Käsemann ließ die Leiche seiner Tochter nach Tübingen überführen, wo sie in der Gerichtsmedizin obduziert wurde. Man fand Einschüsse in Nacken und Genick, die für eine Exekution aus unmittelbarer Nähe sprachen. Er erstattete Anzeige am Landgericht Tübingen, doch das Verfahren verschwand „wegen zu erwartender Nichtzusammenarbeit der argentinischen Behörden“ in der Schublade. Die deutsche Sensationspresse ließ es sich nicht nehmen, den Fall als Superstory von der „Terroristin“ und „schießwütigen Pfarrerstochter“ zu vermarkten, man schrieb den deutschen Herbst 1977. Die Eltern Käsemann mussten bittere Erfahrungen mit der Selbstgerechtigkeit Tübinger BürgerInnen machen.

Noch im Nachruf auf den Tod Ernst Käsemanns im Jahr 1998 wiederholte der Kirchenfunk des Südwestfunks die Geschichte, Elisabeth sei als Guerillera bei einer bewaffneten Auseinandersetzung ums Leben gekommen.

Dass „Links-Sein“ gleichbedeutend sei mit bewaffneten Aktionen scheint man in der Bundesrepublik leichter zu glauben, als dass Militärdiktaturen Menschenrechtsverbrechen begehen, vor allem, wenn sie gute Geschäftspartner sind. Die Familie Käsemann wartet bis heute vergeblich auf eine Entschuldigung der Bundesregierung.

Erst nach dem Tod von Prof. Käsemann, der verbittert starb, wurde im Fall von Elisabeth durch die „Koalition gegen Straflosigkeit“ bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth Anzeige erstattet.

Er konnte auch nicht mehr erleben, dass mittlerweile vier internationale Haftbefehle und zum Teil Auslieferungsanträge gegen Personen erlassen wurden, die verdächtig sind, Verantwortung für Entführung, Folter und Ermordung von Elisabeth Käsemann zu tragen: der Heereskommandeur der Zone, Suarez Mason, der Lagerleiter Oberst Durán Saenz, General Sasiañ, der im Lager beschäftigte Coronel Franco Luque. Zwei weitere Haftbefehle werden erwartet.

Neue Postkartenaktion zu Mercedes Benz und Klaus Zieschank

Nach dem großen Erfolg der Postkartenaktion im Fall „Käsemann“ sollen nun auch die Aufklärung in den Fällen der „verschwundenen“ Gewerkschafter von Mercedes Benz sowie internationale Haftbefehle gegen die mutmaßlichen Mörder des 24-jährigen Münchner TU-Studenten Klaus Zieschank durch eine weitere Postkartenaktion eingefordert werden.

Zieschank wurde am 26.03.1976 von argentinischen Militärs in Buenos Aires in ein geheimes Haftlager verschleppt. Im Mai 1976 wurde sein mit Drähten gefesselter Leichnam ans Ufer des Rio de la Plata gespült und dann als Unbekannter begraben.

1984 wurde der Leichnam durch einen deutschen Wissenschaftler der Universität Ulm als Klaus Zieschank identifiziert. Als Verantwortliche für Zieschanks Ermordung gelten General Jorge Rafael Videla, Admiral Emilio Eduardo Massera, General Carlos Guillermo Suarez Mason, General Iberico Saint Jean sowie General Albano Harguindeguy.

Die Postkartenaktion im Fall Mercedes Benz richtet sich an den Daimler-Chrysler-Vorstand mit der Forderung, die bereits zugesagte Untersuchungskommission einzurichten, in der das Verschwinden der 14 Betriebsräte von Unabhängigen untersucht werden soll.



Weitere Informationen unter www.menschenrechte.org

Die Postkarten und die sehenswerte Ausstellung „Nicht die Erde hat sie verschluckt“ können bestellt werden bei der Koalition gegen Straflosigkeit, c/o Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V., Adlerstr.40, 90403 Nürnberg, Tel. 0911-230-5550, koalition@menschenrechte.org

Die Koalition gegen Straflosigkeit in Argentinien fordert

Haftbefehl gegen Jorge Rafael Videla

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth untersucht die Rolle von über 70 Offizieren der argentinischen Sicherheits- und Streitkräfte bei der Entführung, der schweren Körperverletzung, dem Mord und dem gewaltsamen Verschwinden lassen deutscher und deutschstämmiger BürgerInnen während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983).

In dieser und in den nächsten Ausgaben des Rundbriefes der Koalition werden wir die wichtigsten Verantwortlichen der Repression vorstellen.

Putschgeneral Jorge Rafael Videla

Jorge Rafael Videla ist am 02.08.1925 in Mercedes, Provinz Buenos Aires geboren. Sein Vater war auch Offizier der argentinischen Armee. Jorge Rafael Videla besuchte eine militärische Akademie und trat mit 19 Jahren die militäri-

sche Laufbahn an. Ende der 50-er Jahre übernahm er ein Amt im Verteidigungsministerium und im Laufe der Jahre erreichte er den höchsten Dienstgrad der Armee (Teniente General).

1975 wurde er von der damaligen Präsidentin Maria Estela Martinez de Peron zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt. Zusammen mit den Oberbefehlshabern der Marine und der Luftwaffe führte Videla den Putsch gegen die demokratische Regierung am 24.03.1976 durch. Am 29.03.1976 wurde er zum „de facto“ Präsident des Landes von den



Der argentinischen Diktator Videla

anderen Junta-Mitgliedern Luftwaffenbrigadier Orlando Ramon Agosti und Marineadmiral Eduardo Emilio Massera ernannt. Videla blieb bis 1981 im Amt.

Die argentinische Militärdiktatur beging während ihrer Amtszeit die abscheulichsten Menschenrechtsverletzungen der argentinischen Geschichte, u.a. das Verschwinden lassen von ca. 30.000 Menschen.

1985 wurde Videla von der argentinischen Justiz zu lebenslanger Haft verurteilt. Er wurde in 60 Mordfällen, in vier Folterfällen mit Todesfolge, in 93 Folterfällen, in 309 Fällen von Freiheitsberaubung und 26 Raubüberfällen für schuldig erklärt. Nach wenigen Jahren in Haft wurde er am 29.12.1990 vom argentinischen Präsidenten Carlos Menem begnadigt und freigelassen.

Zu keinem Zeitpunkt hat Videla seine Taten bereut oder sich kritisch zu den Menschenrechtsverletzungen, die während seiner Amtszeit begangen worden sind, geäußert. In Spanien wurde Jorge Rafael Videla vom spanischen Richter Baltasar Garzon wegen Terrorismus, Folter und Völkermord angeklagt.

Garzon hat, wie andere Richter in Italien und Deutschland, die „Anweisung des Oberbefehlshabers der Armee 404/75“ gelesen, wo angeordnet wurde, alle Sicherheits- und Streitkräfte des Landes der Armee zu unterstellen, um den „Kampf gegen die subversiven Organisationen“ zu führen, unterschrieben von Jorge Rafael Videla.

In dieser Anweisung wurde das Aufspüren und Vernichten der vermeintlich „Subversiven“ geregelt. Zusammen mit General Roberto Eduardo Viola ist er auch für den Einsatzbefehl der Armee zur Durchführung des Staatsstreiches vom März 1976 verantwortlich. Seit 1998 befindet sich Videla unter Hausarrest wegen seiner Beteiligung an der Entführung von Kindern der Verschwundenen während der Militärdiktatur. In Chile und Argentinien sind Prozesse eröffnet worden wegen ihrer Rolle beim „Plan Condor“, die grenzüberschreitende Verfolgung von Oppositionellen durch die südamerikanischen Militärdiktaturen.

Jorge Rafael Videla war in seiner Rolle als Oberbefehlshaber der Armee und „de facto“ Staatspräsident bei der Vorbereitung und Durchführung der o.g. Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

In Deutschland ist Jorge Rafael Videla wegen der Entführung und Ermordung von Elisabeth Käsemann, Klaus Zieschank, Marcelo Weisz, Gerardo Coltzau und Alfredo Berliner sowie anderen Personen, angeklagt worden.

Die „Koalition gegen Straflosigkeit“ in Argentinien erwartet von der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth die Beantragung eines internationalen Haftbefehls gegen Jorge Rafael Videla in einem angemessenen Zeitraum.

Mehr Informationen über die Prozesse:

Spanisch: <http://www.derechos.org/diml/>

Deutsch: <http://menschenrechte.org>

Kontaktadresse

Nürnberger Menschenrechtszentrum

Adlerstraße 40

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 – 230 55 50

Fax: 0911 – 230 55 51

E-Mail: koalition@menschenrechte.org

Die „Koalition gegen Straflosigkeit“ wird finanziell unterstützt von:

- Freundeskreis der Heinrich-Böll-Stiftung
- KED der Evang. Kirche in Deutschland
- FA-KED der Evang. Luth. Kirche in Bayern
- MISEREOR
- Amnesty International
- Missionzentrale der Franziskaner

Dieser Rundbrief wurde von der Aktion Selbstbesteuerung e.V., Lindenspürstraße 38b, 70176 Stuttgart gefördert.

Die Arbeit der Koalition lebt von Spenden. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, bitten wir Sie, auf folgendes Konto zu überweisen (Spenden sind steuerlich absetzbar):

Acredobank

Konto-Nr.: 103 505 197

BLZ: 760 605 61

Stichwort: Argentinienkoalition

Rechtshilfefonds der Koalition:

Acredobank

Konto-Nr.: 203 505 197

BLZ: 760 605 61

Stichwort: Argentinien